

Rürups Wochenrückblick – 20. März 2020

Corona-Strategien der Staaten: Was ist richtig?

Ein diktatorisch regiertes Land wie China hat bei der Corona-Bekämpfung der systemstabilisierenden Mehrung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands keine Priorität eingeräumt, sondern das Wohl der Menschen vorangestellt. Das demokratische Amerika stellte dagegen – bislang – die Interessen der Wirtschaft an die erste Stelle.

von Professor Bert Rürup

Diese Woche begann ausnahmsweise am Sonntag: Völlig überraschend senkte die US-Notenbank Federal Reserve ihre Zinsen drastisch auf faktisch null Prozent. Doch anstatt damit die Finanzmärkte zu beruhigen, wurde dieser ungewöhnliche Schritt als Panikreaktion interpretiert.

- Die Befürchtung: Die Fed könnte etwas wissen, was die Finanzmarktteilnehmer nicht wissen.
- Die Folge: Die Kurse fielen schneller denn je.

Solch eine kommunikative Panne wäre einem der großen Fed-Chefs wie Alan Greenspan, Ben Bernanke oder Janet Yellen wohl nicht passiert.

Rezession in China

Am Montag veröffentlichte die chinesische Statistikbehörde die Konjunkturdaten des Landes für die Monate Januar bis Februar. Offenbar standen weite Teile der Wirtschaft zum Jahresauftakt still.

- So ging die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,5 Prozent zurück,
- die Einzelhandelsumsätze brachen gar um 20,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein.
- Investiert wurde in den ersten beiden Monaten fast ein Viertel weniger als im Jahresauftakt 2019.

Nicht minder miserabel waren auch die Außenhandelszahlen.

- Während die Ausfuhr in diesen beiden ersten Monaten des Jahres um 17,2 Prozent einbrach,
- gingen die Importe nur um vier Prozent zurück.

Die meisten Experten hatten auf nicht ganz so dramatische Zahlen gehofft.

Mittlerweile scheint die chinesische Volkswirtschaft allmählich an Fahrt zu gewinnen. Viele Betriebe nahmen die Produktion wieder auf. Doch über den sprichwörtlichen „Berg“ ist das Land noch keineswegs. Zu diesem Eindruck kommt man jedenfalls bei Gesprächen mit derzeit dort arbeitenden Kollegen und Bekannten. Deshalb sind Zweifel angebracht, ob das sehr selbstbewusste „Reich der Mitte“ sehr bald wieder seine alte Exportstärke und Aufnahmefähigkeit für Importe erreichen wird.

Die Entwicklung in China ist wichtig für die Einschätzung der nachlaufenden Konjunkturverläufe bei den wichtigen europäischen Handelspartnern.

Rezession in Deutschland

Dass sich die Konjunkturerwartungen infolge der sich schnell ausbreitenden Corona-Pandemie eintrüben würden, war allen Experten seit einiger Zeit klar. Dass dieser negative Schock allerdings so heftig sein würde und ganze Teile des Wirtschaftslebens nicht nur in Deutschland faktisch zum Erliegen kommen, das hätte vor einer Woche noch kaum jemand erwartet.

Deshalb war ein Absturz der monatlich vom Mannheimer ZEW erhobenen Konjunkturerwartungen für den Monat März dieses Ausmaßes erwartet worden: So gingen die Konjunkturerwartungen der befragten Finanzmarktprofis im März um 58,2 Punkte auf den Wert von minus 49,5 Punkten zurück. Dies war der stärkste Rückgang seit Beginn der Umfrage im Dezember 1991.

Die Einschätzung der konjunkturellen Lage für Deutschland hat sich ebenfalls gegenüber dem Vormonat erheblich verschlechtert. In der aktuellen Umfrage liegt der Lageindikator bei minus 43,1 Punkten und damit 27,4 Punkte unterhalb des Wertes vom Februar. Nun kann man über die Aussagefähigkeit des ZEW-Indexes ja vieles sagen. Böse Zungen behaupten, er bilde recht treffsicher die Entwicklung der Börsenkurse der vergangenen Wochen ab.

Da mag zwar etwas dran sein. Allerdings spricht zwischenzeitlich vieles dafür, dass die deutsche Volkswirtschaft dabei ist, in ihre heftigste Rezession seit dem Bestehen der Bundesrepublik abzurutschen. Die vielfältigen und richtigen Maßnahmen der Bundesregierung werden dies leider nicht verhindern, sondern bestenfalls abmildern können. Zu massiv sind die Produktionsausfälle.

Und gepaart ist dies ja mit einem markanten und erzwungenen Rückgang der Konsumnachfrage, weil nahezu alle gegen Entgelte bereitgestellten Freizeitmöglichkeiten mittlerweile untersagt sind. Schließlich macht der Konsum bei uns immerhin gut die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aus.

Da ist es nur ein schwacher Trost, dass eine begründete Hoffnung auf eine zügige Erholung weiter Bereiche der Wirtschaft besteht. Die ausgefallenen Besuche von Restaurants, Konzerten, Messen

oder die Käufe hochmodischer Frühjahrgarderobe werden aber sicher ebenso wenig nachgeholt werden, wie die anschließenden Heimfahrten mit dem Taxi.

Die Corona-Strategien

Die Infektion mit dem Corona-Virus ist zu einer nahezu weltumspannenden Pandemie geworden. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass es nur zwei unterschiedliche Strategien im Umgang mit dieser Krankheit gibt. China und die kontinentaleuropäischen Länder setzen auf eine möglichst kontrollierte Ausbreitung, indem sie das soziale Leben genauso wie die Wirtschaftsaktivitäten herunterfahren, um auf diese Weise die Verbreitung der Seuche zu verlangsamen.

Bei dieser Strategie hat die Verringerung der Letalitätsrate Priorität, also der Wahrscheinlichkeit an dieser Infektion zu sterben. Die Folgen sind Wachstums- und Wohlstandsverluste für alle. Begünstigte dieser Strategie sind die sogenannten Risikofälle, also die Älteren und Menschen mit Vorerkrankung. Denn je weniger Hochrisikopatienten es gibt, desto besser können diese Menschen stationär betreut werden und umso höher ist deren Überlebenschance.

Großbritannien – zumindest bis zum Mittwoch – und vor allem die USA – mit Ausnahme einiger Bundesstaaten wie namentlich Kalifornien – stemmen sich gegen ein staatlich verordnetes Herunterfahren der sozialen und vor allem wirtschaftlichen Aktivitäten der Bevölkerung und der Unternehmen. Die Anhänger dieser Strategie gehen davon aus, dass die damit verbundene schnelle Ausbreitung dieser Krankheit zwar mit einer höheren Letalitätsrate – insbesondere unter den Risikopatienten – verbunden ist, aber mit geringeren gesamtwirtschaftlichen Verlusten einhergeht.

Hinter dieser – eindimensional ökonomischen – Strategie steht letztlich das „Greatest-Happiness-Principle“ von Jeremy Bentham (1748 -1832). Nach Ansicht dieses wohl wichtigsten britischen Sozialreformers ist diejenige politische Entscheidung die richtige, die für die größte Anzahl der Betroffenen mit einer Verbesserung oder der geringsten Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen verbunden ist.

Mit diesem Argument könnte man beispielsweise Menschenversuche in der medizinischen Forschung begründen oder etwa den Abschuss eines Passagierflugzeugs, das auf ein Hochhaus zurast.

In

Deutschland ist nach ständiger Rechtsprechung die Würde des Menschen – und zwar jedes einzelnen – unantastbar: Der potenzielle Nutzen einer oder mehrerer Personen darf nicht mit der Menschenwürde anderer Personen bezahlt werden.

In der Volkswirtschaftslehre spiegelt sich diese unterschiedliche Sicht der Dinge in der Mikro- und Makroökonomie wider. Aus Mikro-Sicht agiert jedes Individuum rational und maximiert seinen individuellen Nutzen. Effizient ist eine Situation dann, wenn kein Individuum sich besserstellen kann, ohne dass sich die Lage eines anderen verschlechtert. Regeln für Fairness gibt es nicht, weil dazu der Nutzen des einen mit dem eines anderen addiert bzw. verrechnet werden müsste – was nicht möglich ist. Daraus folgt: Wenn kein größerer Kuchen gebacken werden kann, spielt es keine Rolle, ob nur einer den gesamten Kuchen bekommt oder alle Familienmitglieder ein gleich großes Stück.

Die Makroökonomie vernachlässigt diese interpersonellen Verteilungsfragen, indem sie implizit unterstellt, dass eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts allen Individuen zugutekommt – und sie daher die Maximierung dieser Zielgröße stillschweigend akzeptieren.

In diesem Zusammenhang durchaus bemerkenswert ist, dass ein diktatorisches Land wie China eben bei der Corona-Bekämpfung nicht allein die Maximierung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands im Sinne hat, sondern versuchte, möglichst viele Menschenleben zu retten.

Geldpolitik wird noch expansiver

Nach den Staaten versucht nun auch die EZB mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu retten, was geldpolitisch zu retten ist.

In der Nacht zu Donnerstag kündigte sie – in der Tradition des „Whatever it takes“ von Mario Draghi – ein 750 Milliarden Euro schweres Kaufprogramm von Staatsanleihen der Euroländer, aber auch von Unternehmensanleihen an. Den Umständen entsprechend läuft diese Aktion unter dem Namen „Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)“.

Hintergrund war der markante Renditeanstieg, sprich Kursverfall insbesondere von italienischen Staatsanleihen. Die Anleihekäufe seitens der EZB sind nicht an Monate gekoppelt, sondern sollen bis zum Ende der Corona-Pandemie getätigt werden - auf jeden Fall aber bis zum Jahresende. Da passt es gut, dass das Bundesverfassungsgericht seine Urteilsverkündung in Sachen „Anleihekäufe durch die EZB“ am Montag dieser Woche auf Anfang Mai verschoben hatte.

Das erste am 12. März von Christine Lagarde auf den Weg gebrachte EZB-Paket war zwar gut gemacht, aber schlecht kommuniziert. Nun hofft die EZB-Chefin wohl, dass die Kraft der Magie, von der ihr Vorgänger Mario Draghi mit seinem „Whatever it takes“ profitierte, auch für sie gelten wird.

Merkel: „Eine bemerkenswerte TV-Ansprache“

Und dann war da noch Angela Merkel. Zum ersten Mal in ihrer Amtszeit als Bundeskanzlerin von nunmehr nahezu 15 Jahren wandte sie sich anlässlich der Coronavirus-Krise am Mittwochabend – jenseits der Neujahresansprachen – im Fernsehen direkt an die Bevölkerung. Sie meldete sich damit eindrucksvoll als die politische Führungsfigur des Landes zurück.

Merkel kündigte keine neuen, drastischeren Maßnahmen an, aber sie stellte ebenso nüchtern wie bestimmt fest: „Die Situation ist ernst, und sie ist offen. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt. Halten Sie sich an die Regeln, die nun für die nächste Zeit gelten. Wir werden als Regierung stets neu prüfen, was sich wieder korrigieren lässt, aber auch: was womöglich noch nötig ist.“

Mit dieser fürsorglichen Strenge hat Angela Merkel klar gemacht, dass sie das Amt der Regierungschefin nicht nur verwalten will. Sie will und wird wieder die Politik des Landes gestalten.

Stellvertretend für das durchweg sehr positive Echo der internationalen Presse kann der Tweet des bekannten britischen Historikers Timothy Garton Ash stehen: „Eine bemerkenswerte TV-Ansprache.... – eine Lehre über Demokratie, Solidarität und individuelle Verantwortlichkeit, vorgetragen mit Klarheit, Stärke und wirklicher Wärme.“